

Und jede Partei stellt Günstlinge ein: Ein

Nur wenn Griechenland seinen aufgeblasenen und in vielen Fällen korrupten Staatsapparat verkleinert, kann es seine zerrütteten Finanzen sanieren. Doch wie glaubwürdig ist das Versprechen der Regierung, Stellen zu streichen? Vor kurzem hat sie noch eifrig weitere Staatsdiener angeheuert

Von Florian Hassel
in Athen

ES WAREN NUR WENIGE Wochen bis zum Wahltag, als Setas Yanis ein Anweisung von der Spitze des griechischen Finanzministeriums erhielt. Im Eilverfahren seien mehr als 100 neue Beamte einzustellen. Die Namen bekamen Yanis und seine Kollegen des Rechnungshofes – in Griechenland dem Finanzminister unterstellt – gleich mitgeliefert. Die neuen Beamten wurden angeheuert: rechtzeitig, um bei der Wahl am 4. Oktober 2009 ihr Kreuz bei der zu diesem Zeitpunkt regierenden Partei Neue Demokratie machen zu können. In ganz Griechenland stellten die Regierenden in den Monaten vor der Wahl fast 30 000 neue Beamte ein. „So machen es alle Parteien – seit Jahrzehnten“, sagt Yanis, ein kräftiger Mann mit leuchtenden grünen Augen hinter der Metallbrille.

Es gibt keine genauen Zahlen, wie viele Beamte, Zeitarbeiter und Angestellte verlustbringender Staatsunternehmen Griechenland bezahlt. Fest steht, dass es immer mehr geworden sind – und dass Griechenland sich diesen Apparat nicht leisten kann, wenn es seine zerrütteten Staatsfinanzen sanieren will. Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge ist die Zahl griechischer Staatsdiener seit 1999 von 861 000 bis 2008 auf 1 022 100 gewachsen. Fast jeder vierte arbeitende Grieche steht im Dienst des Staates. In Deutschland ist es jeder siebte.

Stephanos Manos hat das System von mehreren Seiten kennengelernt: als Direktor einer Lebensmittelkette, als Parlamentarier und als Minister für öffentliche Arbeiten, als Industrie- und auch als Finanzminister. Seit einigen Jahren ist er Politiker im Ruhestand. „Die griechische Bürokratie und die Staatsfirmen sind vielerorts grotesk überbesetzt und ineffizient. Das gilt von der Zentralbank bis zu Stromunternehmen“, sagt Manos in seinem Haus im Athener Nobelvorort Eka-li, das mit Kamin und holzgetäfelter Bibliothek an einen englischen Landsitz erinnert.

Bei der staatlichen Eisenbahn OSE etwa ist zwar die Mitarbeiterzahl seit 2004 von 9200 auf 7000 gesunken – doch die Personalkosten sind wegen schnell gestiegener Löhne und Rentenverpflichtungen von 240 auf 440 Millionen Euro explodiert. Mittlerweile ist die Bahn mit 9,5 Milliarden Euro verschuldet – das entspricht vier Prozent der Wirtschaftsleistung Griechenlands. Auch Andreas Andrianopoulos, ein Veteran der griechischen Politik, hat in seiner Karriere allerlei Absurdes erlebt. „Im Norden Griechenlands gab es im 19. Jahrhundert den Copais-See. Der See ist lange ausgetrocknet. Die Behörde für ihn haben wir heute noch“, sagt der frühere Parlamentarier und Minister.

Dass Griechenland immer mehr Staatsdiener angesammelt hat, liegt an den Traditionen eines jahrhundertlang durch persönliche Bindungen geprägten Klientelstaats und am politischen System. Seit 1974 ein repressives Militärregime zusammenbrach, wechselten sich zwei Parteien ab: die konservativen Neue Demokraten und die Sozialisten der PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung). Beide kämpften nicht nur gegeneinander, sondern auch gegen Konkurrenten innerhalb der eigenen Partei.

Im Wahlkampf gibt es in jedem Wahlkreis nicht einen Kandidaten jeder Partei, sondern mehrere. Die Griechen machen bei ihren Favoriten ihr Kreuz. „Dafür will der Wähler eine Gegenleistung: etwa einen Job im Staatsdienst“, erklärt Andrianopoulos. „Also stellen diejenigen, deren Partei gerade an der Macht ist, neue Beamte ein. Kommt

die andere Partei an die Macht, kann sie diese Beamten nicht nur nicht entlassen, sondern stellt selbst neue Beamte ein.“

Auch für viele junge Griechen ist der Staatsdienst höchstes Ziel. „Die Bezahlung ist ordentlich, du hast viele Privilegien und arbeitest nur bis zwei Uhr mittags“, fasst der 26 Jahre alte Ermis Katsampanis die Einstellung vieler Altersgenossen zusammen. Sonderleistungen für griechische Staatsdiener – der Or-



Gianni Panagopoulos ist Chef der größten Gewerkschaft GSEE und im Parteivorstand der regierenden Sozialisten. Er sieht „Spekulant und Profiteure“ hinter der griechischen Krise

ganisation für wirtschaftliche Entwicklung OECD zufolge mehr als 200 an der Zahl – reichen von Boni für echte oder erfundene Sonderleistungen bis zu Freiflügen, einer gemessenen an geringer Produktivität großzügigen Entlohnung und ebensolchen Rentenleistungen.

Sozialisten und Konservative bliesen den Staat gleichermaßen auf. Überbesetzung an der einen Stelle schließt nicht aus, dass anderswo Staatsdiener fehlen. Christos Papanastasis ist Vize-Chefpfleger im Krankenhaus am Omonia-Platz im Zentrum von Athen. 110 Krankenschwestern und Pfleger arbeiten oft sechs Tage in der Woche; manchmal zwei oder drei Schichten hintereinander. „Wir brauchen mindestens 40 zusätzliche Krankenschwestern und Lehrer“ bereitstellen. Wegen des Personalmangels ist ein OP seit Jahren ebenso geschlossen wie eine Abteilung für Herzkrankheiten.

Trotz allen Sparens will Finanzminister Papakonstantinou Geld für „dringend benötigte Krankenschwestern und Lehrer“ bereitstellen. Die Tücke steckt im Detail: Schon bei früheren Sparmaßnahmen waren Lehrer vom generellen Einstellungsstopp ausgenommen. Deshalb stellten Griechenlands Bildungsbürokraten „Lehrer vordergründig für den Unterricht ein – und kommandierten sie in die Verwaltung ab“, schildert Dimitris Peppes von der Gewerkschaft für Lehrer weiterführende Schulen. „Im Erziehungsministerium etwa sind 1100



Ex-Finanzminister Stephanos Manos hält radikale Sparen und Entlassungen von Beamten für die Sanierung der Staatsfinanzen für unverzichtbar

Männer und Frauen – 60 Prozent aller Ministeriumsbeamten – eigentlich als Lehrer eingestellt.“

Umteikierte Lehrer sind nicht der einzige Trick des griechischen Staatsapparates. Bei der staatlichen Bauernpensionskasse ist an diesem Februartagmittag längst Feierabend. Neben dem Getränke-

automaten teilen sich zwei Frauen und ein Mann Kaffee und Zigaretten. Dina Rovithaki, 40, Christina Fakos, 30 und der 43 Jahre alte Fountoulis Lykourgos kennen sich seit vierzehnjährigen Jahren. Jetzt wollen sie den Staat mit einer Klage zwingen, sie endlich einzustellen.

Rovithaki fand als geschiedene Mutter zweier Kinder lange keinen Job: Arbeitgeber scheuten die höheren Kosten und strengen Arbeitsschutzbestimmungen. Jahrelang schlug sich Rovithaki als Kellnerin in Nachtclubs durch. Fakos halfen auch zwei Diplome in Soziologie und Betriebswirtschaft und ein Masterabschluss nicht, einen Job zu finden. „Wenn ich überhaupt zum Vorstellungsgespräch vorgeladen wurde, sollte ich unterschreiben, dass ich niemals heiraten oder Kinder bekommen würde.“ Auch der studierte Volkswirt Fountoulis fand nur Arbeit als Verkäufer.

Im Herbst 2005 trafen sich die drei bei der Bauernpensionskasse – in einem von der EU bezahlten Praktikantenprogramm. Die angeblichen Praktikanten erledigten dieselbe Verwaltungsarbeit wie die Mitarbeiter mit festem Job, für 25 Euro am Tag, ohne Urlaub oder Lohn im Krankheitsfall. Seit Auslaufen des Programms bezahlt die Pensionskasse Rovithaki, Fakos und Lykourgos, allerdings nur mit befristeten Verträgen. „Von 700 Mitarbeitern der Bauernpensions-



Bei der staatlichen Bauernpensionskasse kämpfen die Scheinpraktikanten Fountoulis Lykourgos, Dina Rovithaki und Christina Fakos (v.l.n.r.) um ihre Festanstellung

kasse sind 283 angebliche Praktikanten“, sagt Rovithaki. Ähnliche Scheinpraktikanten und Zeitarbeiter gibt es auch in vielen anderen Dienststellen. Finanzminister George Papakonstantinou bezifferte sie gegenüber der „Welt am Sonntag“ auf mehr als 100 000.

Dauerpraktikantin Rovithaki und ihren Kollegen ist klar, dass nicht nur ihre Chancen auf Daueranstellung im Staatsdienst eines fast bankrotten Landes schlecht stehen. „Die Regierung wird uns als erste opfern, damit sie gegenüber der EU behaupten kann, dass sie die Zahl der Beamten kürzt. Dabei wird es nur um uns treffen – die Schwächsten ohne Rechte.“ In der Tat sagt Finanzminister Papakonstantinou der „Welt am Sonntag“: „Wir werden 2010 bis zu einem Drittel von 100 000 Zeitverträgen beenden.“

Als weitere Sparmaßnahme will Papakonstantinou allen Beamten das Gehalt kürzen, um vier Prozent im Durchschnitt. Außer für Lehrer und Krankenschwestern gilt in diesem Jahr ein Einstellungsstopp. Ab 2011 soll für fünf in Pension gehende Beamte nur ein neuer eingestellt werden. Kenner des Systems wie die Ex-Minister Manos und Andrianopoulos bezweifeln, dass solche Maßnahmen ausreichen, um die Staatsfinanzen zu sanieren. „Wir haben in den letzten Jahrzehnten oft von Einstellungsstopps gehört“, sagt Manos. „Sie wurden immer aufgehoben oder umgangen.“

Dabei kostet die Bürokratie, im internationalen Vergleich ebenso riesig wie ineffizient, Athen schon

jetzt gut die Hälfte des Staatshaushalts – und das, bevor steigende Rentnerzahlen in kommenden Jahren die Ausgaben weiter in die Höhe treiben. Die wuchernde Bürokratie frisst nicht nur jeden finanziellen Spielraum des Staates auf: Sie verhindert auch das Gedeihen der privaten Wirtschaft.

Vassilis Masselos, 43, residiert mit seiner Firma Nota im alten Geschäftsviertel von Athen. Das Vier-Etagen-Haus ist ein schmuckloser Betonbau, wie so viele in der Athener Innenstadt. Aber vom Dach hat Unternehmer Masselos freien Blick auf die Akropolis. Masselos' Eltern haben Nota Anfang der 60er-Jahre aufgebaut: als Produzenten luxuriöser Frauendessous und Freizeitkleider, mit heute immerhin 16 eigenen Geschäften in Griechenland.

„Das Geschäft ist immer schwieriger geworden – vor allem wegen der überbordenden Bürokratie, die Geschäftsleute die Luft nimmt“, sagt Masselos. Löhne und Gehälter seien in Griechenland schneller gewachsen als die Produktivität; dazu seien die Arbeitsschutzgesetze extrem rigide. „Früher hatten wir unsere gesamte Produktion in Griechenland – heute nur noch Design, Verwaltung und die Shops. Alle Arbeitsplätze der Produktion mussten wir nach Ungarn verlagern – sonst hätten uns die Kosten in Griechenland das Genick gebrochen.“

Masselos ist mit seiner Erfahrung nicht allein. Im neuen Geschäftsklima-Index 2010 („Doing Business 2010“) stuft die Weltbank Griechenland von 183 Ländern auf

Platz 109 ein. In der Kategorie „Eröffnung eines neuen Geschäftes“ oder beim Arbeitsrecht kommt Griechenland nicht einmal unter die ersten 140. Während Unternehmen in vorbildlichen Ländern wie Dänemark oder Neuseeland eine schlichte Prozedur durchlaufen und ein Geschäft innerhalb eines Tages anmelden können, brauchen sie in Griechenland 15 Papiere von ebenso vielen Behörden: Papierkrieg, der der Weltbank zufolge 19 Tage in Anspruch nimmt – und Unternehmer halten diese Angaben noch für weit untertrieben.

Denn die Weltbank erfasst nur offizielle Prozeduren und die legale Wirtschaft. Der Umfang der Schattenwirtschaft umfasst je nach Schätzung 25 bis 40 Prozent der gesamten griechischen Wirtschaft. Möglicherweise ist das durch massenhafte Steuerhinterziehung und ebenso weit verbreitete Korruption. Etlche griechische Beamte kassieren nicht nur vom Staat, sondern ein zweites Mal auch unterm Tisch. Viele Beamte verlangen selbst für Routineleistungen der Verwaltung Schmiergeld: von der Baugenehmigung über die Firmeneröffnung bis zum neuen Fahrzeugschein. Die griechische Abteilung von Transparency International (TI) befragt jedes Jahr 6000 Bürger. Das erschreckende Ergebnis: Knapp ein Fünftel zahlt Bestechungsgeld.

TI-Chef Konstantin Bakouris, ein vornehmer Herr mit gefaltetem Einstecktuch in der Brusttasche, hat jahrzehntelang für große US-Unternehmen in der Schweiz und

Deutschland gearbeitet. „Die griechische Wirtschaft fällt jedes Jahr weiter zurück, die Korruption steigt von Jahr zu Jahr“, stellt er fest. „Dabei erfassen wir bei unserer Umfrage und der darauf folgenden Hochrechnung nur die kleine Korruption unter Beteiligung von Privatleuten. Die große Korruption auf Staats- oder Unternehmensebene wird von uns gar nicht erfasst.“ Schon die „kleine Korruption“ ist freilich beachtlich: Das durchschnittliche Bestechungsgeld macht laut TI über 1350 Euro aus.

Es kann aber auch wesentlich mehr sein – beispielsweise, wenn der Steuerbeamte zur Betriebsprüfung kommt. Nota-Chef Masselos beschloss 2007, alte Ware vergangener Kollektionen zu vernichten. Abzuschreibender Wert: 75 000 Euro. Der Beschluss wurde, wie die Bestimmungen vorsehen, schriftlich festgehalten, ein offizieller Lieferchein an die Müllabfuhr von Athen ausgestellt. Doch der Steuerbeamte, der vor ein paar Monaten zur Betriebsprüfung anrückte, forderte auch einen Stempel der Stadt, der die Aufnahme des Textilmülls bestätigte. „Ein solcher Stempel ist in keinem Gesetz, keinem Erlass vorgeschrieben“, sagt Masselos. „Es geht schlicht um Bestechungsgeld für den Steuerbescheid – doch Bestechung lehne ich ab. Wenn ich mit meinem Einspruch keinen Erfolg habe, soll ich nur wegen dieses absurden Vorfalls 40 000 Euro Steuern und Strafen nachzahlen.“

Nicht nur die hohe Zahl an Vorschriften, Behörden und Beamten

ermuntert die griechische Korruption. Christos Papanastasis etwa, der Vize-Chefpfleger im Krankenhaus am Omonia-Platz, verdient trotz 23 Dienstjahren und seiner leitenden Position einschließlich aller Zulagen nur 1600 Euro. Vergleichsweise geringe Gehälter „zwingen viele Beamte zu Korruption“, sagt sogar Bakouris von Transparency International.

Bereits heute gehören Krankenhäuser zu den korruptesten Bereichen der griechischen Staates: Schon für die Aufnahme ist oft Bestechungsgeld erforderlich, auch Operationen oder Geburten kosten den Patienten extra – bis zu mehreren Tausend Euro. „Anstatt wenige Staatsdiener gut zu bezahlen, werden in Griechenland viele Beamte schlecht bezahlt“, sagt TI-Chef Bakouris. „Wenn die Regierung jetzt



Vassilis Masselos, Chef der Lingeriefirma Nota, beklagt die erstreckende Bürokratie – und die Tücken der Finanzbeamten



Raues Klima: Beim Generalstreik in der vergangenen Woche gehen Polizisten gegen einzelne Streikende vor